

***„Überlegungen für eine neue österreichische Sicherheitsstrategie
– für ein sicheres Österreich, in einem friedlichen Europa und einer
humaneren Welt“***

Rede von Verteidigungsminister Norbert Darabos
anlässlich Alpbach 2010 „Strategische Konzepte: Anspruch und
Wirklichkeit“

Es gilt das gesprochene Wort!

Der Zweite Weltkrieg ist nun bereits 65 Jahre her, der Kalte Krieg wurde durch den Zerfall der Sowjetunion vor 20 Jahren überwunden und das Blutvergießen in unserer unmittelbaren Nachbarschaft, am westlichen Balkan, nahm vor mehr als einem Jahrzehnt ein Ende. Europa ist ein Beispiel dafür, dass die Menschheit in gleichem Maße zu fürchterlichen Kriegen und Verbrechen wie zu einer nicht für möglich gehaltenen Versöhnung und Friedensleistung fähig ist. Der Wille und Mut zur Versöhnung über den Gräbern zählen für mich zu den herausragenden Eigenschaften der Menschen. Friede zwischen Deutschland und Frankreich ist für die jüngere Generation eine Selbstverständlichkeit, historisch betrachtet ist es das mitnichten. Die guten nachbarschaftlichen Beziehungen zwischen Völkern, die sich noch vor wenigen Jahrzehnten die Köpfe eingeschlagen haben, sind ein Ausfluss der Europäischen Union – diesem beispiellosen und über eine reine Kooperation hinausgehenden Zusammenschluss von Staaten, der kriegerische Auseinandersetzungen unmöglich macht. Das ist auch der Grund dafür, dass Österreich die Länder des Westbalkans bei ihren Bestrebungen unterstützt, der EU beizutreten. Dauerhafte Stabilität in dieser ehemaligen Bürgerkriegs-Region kann aus Sicht der österreichischen Regierung nur dann gewährleistet sein, wenn alle diese Länder in das Friedensprojekt Europa integriert werden.

Warum spreche ich zu Beginn meiner Ausführungen über Versöhnung und Frieden? Ich spreche deshalb darüber, weil die großen Errungenschaften der letzten Jahrzehnte uns Europäer zum Glauben verleiten lassen könnten, Friede und Stabilität seien sakrosankt. Wir fühlen uns derzeit sicher. Es wird wohl nicht viele EU-Bürger geben, die sich einer ernsthaften militärischen Bedrohung ausgesetzt fühlen. Und trotzdem oder gerade deshalb ist es notwendig, die sicherheitspolitische Ausrichtung

festzulegen – auf europäischer Ebene wie auch auf Ebene der Nationalstaaten.

Ich habe mich daher wiederholt dafür ausgesprochen, die in vielen Teilen überholte österreichische Sicherheits- und Verteidigungsdoktrin aus dem Jahr 2001 an die Erfordernisse unserer Zeit anzugleichen.

Dabei geht es aus meiner Sicht zuallererst um zwei Fragen:

- Welchen Bedrohungen sind wir ausgesetzt?
- Wie sollten wir ihnen begegnen?

Diese Fragestellungen sollten den Rahmen für die Diskussion in Österreich bilden – im Übrigen würde ich die Doktrin künftig lieber nicht mehr als solche bezeichnen. Eine Doktrin hat per definitionem den Anspruch auf unverrückbare Gültigkeit. Hier klaffen Anspruch und Wirklichkeit auseinander. Aus meinem Verständnis heraus ist Sicherheitspolitik nämlich viel mehr ein äußerst dynamischer Prozess, der fortwährend überprüft und fortgeschrieben werden muss. Ich schlage daher als Titel Österreichische Sicherheitsstrategie vor.

Der Antwort auf die Frage nach den aktuellen oder zukünftigen Bedrohungen muss vorangestellt werden: Der Panzerkrieg im Marchfeld, das heißt eine Invasion ausländischer Streitkräfte, ist äußerst unwahrscheinlich geworden. Die Europäische Union hat für sicherheitspolitische Stabilität gesorgt, die EU-Erweiterung hat diese gestärkt. Der blutige Flächenbrand am Balkan in den 90er Jahren war darüber hinaus Auslöser für die Schaffung brauchbarer Instrumente zur Krisenbewältigung auf europäischer Ebene.

Und trotzdem sind wir – Europa und damit auch Österreich – mit Bedrohungen konfrontiert. Sie sind weniger sichtbar und weniger vorhersehbar – das heißt nicht, dass es diese nicht gibt; das heißt vielmehr, dass sie komplexer und verschiedenartiger sind. Auf die Gefahren des 21. Jahrhunderts müssen wir uns in gleicher Weise vorbereiten, wie wir uns in der Vergangenheit auf mögliche Gefahren der bipolaren Machtkonstellation vorbereitet haben. Klar ist, dass dabei das Bundesheer eine andere Rolle einzunehmen hat als in der Vergangenheit. Das Heer wird für die Sicherheit Österreichs weiterhin unerlässlich sein, nur die Gewichtung der Aufträge verschiebt sich. Der klassische Auftrag der militärischen Landesverteidigung rückt in den Hintergrund. Eine militärisch-konventionelle Bedrohung ist für die nächste Dekade kein relevantes sicherheitspolitisches Planungsszenario. Wir stehen vor neuen Herausforderungen wie internationalem Terrorismus – denken wir an die Terroranschläge in New York, London oder Madrid – , der Verbreitung von

Massenvernichtungswaffen, Cyberkriminalität, organisierter Kriminalität oder Umweltkatastrophen.

Diese Bedrohungen definieren die Ansprüche an unsere Sicherheitsstrukturen. Und damit kommen wir zur Frage zwei: Wie begegnen wir diesen Bedrohungen? Ohne den Verhandlungen innerhalb der Regierung und mit dem Parlament vorgreifen zu wollen, bin ich der Meinung, dass die neue Sicherheitsstrategie auf zwei Eckpfeilern stehen sollte:

- Erstens muss ihr das Konzept der „vernetzten“ Sicherheit zugrunde liegen.
- Und zweitens sollte sie vom Ansatz des Multilateralismus geprägt sein.

Mit Militär alleine ist den Herausforderungen des 21. Jahrhunderts nicht zu begegnen. Nicht in erster Linie militärische, sondern gesellschaftliche, ökonomische, ökologische und kulturelle Bedingungen bestimmen die künftige sicherheitspolitische Entwicklung. Sicherheit kann daher weder rein national noch allein durch Streitkräfte gewährleistet werden. Erforderlich ist vielmehr ein umfassender Ansatz, der nur in vernetzten sicherheitspolitischen Strukturen sowie im Bewusstsein eines umfassenden gesamtstaatlichen Sicherheitsverständnisses zu entwickeln ist. Es braucht das Militär, es braucht aber auch zivilen Aufbau, Diplomatie, die Förderung von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit sowie verstärkte Anstrengungen in der Entwicklungshilfe.

Daraus folgt, dass wir hier mehr und besser ressortübergreifend zusammenarbeiten müssen – Verteidigungsministerium, Außenamt, Justizressort und Innenministerium. Es gilt Ressortegoismen abzubauen und uns besser als bisher zu koordinieren, auch um unsere sicherheitspolitischen Interessen auf internationaler Ebene durchzusetzen.

Der zweite Eckpfeiler ist für mich die starke Einbettung Österreichs in eine internationale Gemeinschaft. Denn eines muss uns allen klar sein: Unsere Sicherheit und unser Wohlstand hängen immer mehr von einer starken Weltgemeinschaft, von gut funktionierenden internationalen Organisationen – von einem wirksamen multilateralen System ab. Daraus ableitend wird sich Österreich weiter stark auf Ebene der Europäischen Union (auch GSVP), der UNO, der PfP und der OSZE engagieren müssen.

In diesem Zusammenhang halte ich die häufig wiederkehrende Frage nach einem NATO-Beitritt Österreichs für müßig. Dem NATO Aspekt wurde 2001

beim Erstellen der Doktrin eine zu große politische Bedeutung beigemessen. Vielmehr muss die Europäische Union, die sich seit 2001 sicherheitspolitisch stark weiterentwickelt hat, der zentrale Bezugs- und Handlungsrahmen für unsere Sicherheitsstrategie sein. Deshalb weil die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik eben nicht nur ein reines Militärbündnis ist. Die EU verfolgt den vernetzten Sicherheitsansatz – sie kann Diplomatie, Entwicklungshilfe, Polizeikräfte und Militär bündeln. Die EU hat sich darüber hinaus auch für die Zusammenarbeit mit der UNO und regionalen Organisationen wie der Afrikanischen Union entschieden. Die EU wird als Partner wahrgenommen, der respektiert wird und anderen Respekt entgegenbringt. Das ist ihr großer Vorteil, eine wesentliche Voraussetzung für ihren Erfolg und damit für unsere Sicherheit.

Das heißt nicht, dass alles Eitelwonne ist, dass die EU nicht weiter Handlungsbedarf hat. Ich weiß aus den Erfahrungen des Tschad-Einsatzes nur zu gut, dass es eine Schere zwischen Anspruch und Umsetzung gibt. Die EUFOR-Mission wurde erfolgreich absolviert – sie hat aber mit Verspätung begonnen, weil nicht genügend Hubschrauber vorhanden waren. Die EU will ein global player sein, aber wenn es ernst wird, fehlt es an einfachen Transporthubschraubern. Brüssel muss sich auch im Bereich der internationalen Katastrophen- und humanitären Hilfe deutlich besser organisieren. Man sah es bei der Erdbebenkatastrophe in Haiti und sieht es jetzt wieder bei Pakistan. Damit lasse ich jetzt vielleicht aufhorchen: Wieso sollen nicht Teile der Battle Groups im Bedarfsfall für solche Szenarien herangezogen werden können? Ich halte es für sinnvoll, die kostspieligen schnellen Eingreiftruppen auch in humanitäre Katastropheneinsätze zu schicken. Darüber werden wir in den nächsten Monaten auf europäischer Ebene zu reden haben. Ich unterstütze auch die Initiative des französischen Präsidenten, rasch verfügbare zivil-militärische Kräfte für Aufgaben der internationalen Katastrophenhilfe besser zu organisieren. Es ist ein Gebot der Stunde, unsere Handlungsfähigkeit in diesem Bereich zu stärken. Gerade das Österreichische Bundesheer verfügt über eine lange Tradition, Erfahrung und hohe Professionalität in der Katastrophenhilfe, daher möchte ich dieses Thema in der neuen Sicherheitsstrategie auch mit Priorität behandelt wissen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren,
Österreich sollte innerhalb der Europäischen Union an der Weiterentwicklung einer eigenständigen Sicherheits- und Verteidigungspolitik arbeiten, über die wir als Mitgliedstaaten selbst entscheiden können.

Wir sollten freilich keine Scheu vor der NATO haben, aber es gibt auch keinen Grund der NATO gegenüber enthusiastisch zu sein. Österreich arbeitet dort mit der NATO zusammen, wo es aus rein praktischen Überlegungen für uns Sinn macht und im Interesse unserer eigenen

Sicherheit liegt. Es steht auch außer Streit, dass sich das Militärbündnis aus dem Kalten Krieg neu ausrichten muss. Es darf nicht länger Antworten von gestern auf Fragen heute geben. Die derzeit auf NATO-Ebene laufenden Diskussionen und Beratungen hinsichtlich eines neuen strategischen Konzeptes bieten die Möglichkeit dazu.

In unserem Interesse sollte auch das Beibehalten der Neutralität sein, zu der ich mich zu 100 % bekenne. Die Neutralität bedeutet, dass wir nicht einseitig in einen militärischen Konflikt eingreifen. Das muss auch in Zukunft unsere sicherheitspolitische Leitlinie bleiben. Das hindert uns nicht, im internationalen Krisenmanagement solidarisch zu sein. Wenn eine Tageszeitung in der vergangenen Woche einen großen Artikel zur Erneuerung der Sicherheits- und Verteidigungsdoktrin mit „Neutralität statt Solidarität“ betitelt hat, dann liegt sie einem grundlegenden Irrtum auf. Denn Österreich ist gestaltendes Mitglied der UNO, der EU und der OSZE. Österreich nimmt seit nunmehr 50 Jahren an UNO-mandatierten Friedensmissionen teil. Und Österreich gestaltet als Mitglied der Europäischen Union die Europäische Sicherheitspolitik aktiv mit – freiwillig und auf Basis unserer Neutralität. Wir haben mehr als 1.100 Soldaten im Ausland, für die Größe unseres Landes und unserer Armee ein beachtlicher Beitrag, und sind – nur um ein Beispiel zu nennen – bei der EU-Mission in Bosnien größter Truppensteller.

Österreichs Neutralitätsverständnis steht also nicht für Passivität, es steht für Solidarität. Es erfordert eine intensive Beteiligung an Maßnahmen der internationalen Friedenspolitik. Und diese internationale Beteiligung, diese „engagierte Neutralitätspolitik“ sollte auch in Zukunft von folgenden Parametern bestimmt sein:

- 1) Konzentration auf Aufgaben der internationalen humanitären Hilfe, der Konfliktprävention, Postkonflikt-Stabilisierung und Friedenserhaltung
- 2) Militärische Beistandsautomatismen lehnen wir ab
- 3) Keine militärischen Einsätze ohne UN-Mandat
- 4) Aufrechterhaltung unserer Beteiligung an Maßnahmen der internationalen Friedenssicherung auf Basis eines Mandats der Vereinten Nationen auf hohem Niveau
- 5) Konzentration auf von EU und UNO nachgefragter Kapazitäten
- 6) Fokus auf den Bereich der internationalen humanitären und Katastrophenhilfe.

Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Das Österreichische Bundesheer bleibt die strategische Handlungsreserve der Republik für Not- und Krisensituationen aller Art. Dies entspricht auch der Erwartungshaltung der Bevölkerung.

Das Bundesheer sollte sich jedoch im Bereich der Fähigkeitsentwicklung auf jene, nennen wir sie, „Exzellenzbereiche“ fokussieren, die von anderen österreichischen Akteuren und Blaulichtorganisationen nicht ausreichend abgedeckt werden können. Und auf jene Bereiche, die die Bevölkerung auch zu Recht erwartet. Eine besondere Rolle könnte das Heer etwa in der Sicherstellung der gesamtstaatlichen Führungs- und Kommunikationsfähigkeit, des Bevölkerungsschutzes bei ABC-Gefahren und in der Abwehr von Cyber-Risiken einnehmen.

Grundlegend bleibt aber die Sicherstellung von ausreichend durchhaltefähigen personellen Kräften für nationale Sicherungs- und Katastrophenhilfsaufgaben. Und Fakt ist auch, dass wir weiterhin robustes Gerät zum Schutz unserer Soldatinnen und Soldaten zur Verfügung haben müssen. Zu definieren wird sein, in welchem Umfang – denn eine autonome herkömmliche Territorialverteidigung, so lassen Sie mich in aller Klarheit feststellen, werden wir nicht mehr benötigen und müssen sie uns auch nicht mehr leisten. Was benötigt wird, ist Katastrophenhilfe im Inneren und Sicherstellung des Schutzes von wesentlichen Einrichtungen wie Kritische Infrastruktur und die Vorbereitung auf neue Gefährdungsszenarien. Dafür gilt es gesamtstaatliche Antworten zu finden. Das Bundesheer wird dazu seinen Beitrag zu leisten haben.

Die Anforderungen an die neue Sicherheitsstrategie sind vielfältig: Sie sollte zukunftsweisend, realistisch aber auch anpassungsfähig gestaltet werden – nach dem Motto „So genau wie möglich und so flexibel wie notwendig“.

Sie sollte gegenüber den realen Sicherheitsherausforderungen angemessen finanziell abgesichert und von der Bevölkerung akzeptiert sein.

Die neue Sicherheitsstrategie soll klarer als bisher den Platz Österreichs in der europäischen Sicherheitspolitik festlegen, der Bevölkerung Sicherheit signalisieren und den Einsatzorganisationen die Umsetzungsrichtung weisen.

Herzlichen Dank!

